



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Schutz der reproduktiven Selbstbestimmung

Aktuell seit 24.06.2026 15:56:26

Angegeben von:

innn.it e.V. (R001798) am 12.08.2025

Beschreibung:

Die Petition fordert: Ein gesetzliches Verbot religiöser Vorschriften in öffentlichen Krankenhäusern, insbesondere wenn diese die medizinische Versorgung nach allgemein anerkannten Standards einschränken. Sicherstellung der reproduktiven Selbstbestimmung und des Rechts der Schwangeren, nach ärztlicher Beratung eigenverantwortlich über den Abbruch zu entscheiden. Schutz der ärztlichen Berufsausübung vor Eingriffen durch kirchliche Träger, wenn diese dem geltenden medizinischen Standard und den gesetzlichen Regelungen widersprechen. Die vollständige Abschaffung der strafrechtlichen Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen (§ 218 StGB) und damit die Entkriminalisierung aller Formen des Schwangerschaftsabbruchs.

Betroffene Interessenbereiche (5)

Familienpolitik [alle RV hierzu]

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Menschenrechte [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (1)

StGB [alle RV hierzu]

Aufträge zu diesem RV (1)

1. Auftrag

Durchführung einer bundesweiten Petition und begleitender Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, die den Einfluss kirchlicher Sonderregelungen in öffentlichen Krankenhäusern zu beenden und Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen zu erreichen. Die Tätigkeit umfasst die Mobilisierung von Unterstützer:innen via Social Media, Pressearbeit sowie die Ansprache politischer Entscheidungsträger.

Auftraggeber/-innen (1):

- 1. Prof. Dr. Joachim Volz**
Chefarzt und Gynäkologe

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (5):

Betraute Personen (5):

- 1. Sebastian Schütz**
- 2. Michel Arriens**
- 3. Carlotta Eisele**
- 4. Celina Ponz**
- 5. Gregor Hackmack**
Funktion: Vorstand